

Faktenpapier Griechenland

von Dimitris Panousis und Apostolos Stragalinis
im Auftrag der Heinrich Böll Stiftung

Dezember 2011

Das vorliegende Faktenpapier stellt ausgewählte Daten aus verschiedenen Veröffentlichungen und Studien neueren Datums zusammen zu den Themen: Öffentlicher Dienst, Energiesektor, Steuerhinterziehung und -flucht, Korruption. Die Datenauswahl erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, will aber einen Einblick in die wichtigsten Probleme und Problembereiche Griechenlands geben.

1. ÖFFENTLICHER DIENST

Die OECD bezeichnet in ihrer neuesten Studie¹ vom November 2011 den Öffentlichen Dienst Griechenlands als „riesig“, mit überaltertem Personal, und weist darauf hin, dass Ministerien nur dann miteinander kooperieren, wenn die zuständigen Minister dies anstreben.² Darüber hinaus stellt die Studie eine mangelnde Kontrolle des Regierungschefs über Ministerien und das Fehlen von Daten fest, welche zu nützlichen Schlussfolgerungen für die Anwendung einer sinnvollen Politik verhelfen könnten, und weist darauf hin, dass ein Teil der Beamtenkultur aus juristischem Formalismus besteht.

Laut OECD Studie gibt es folgende Mängel:

- Die zentrale öffentliche Verwaltung verfügt weder über die praktischen Werkzeuge, noch über die Kultur und Befähigung, eine kohärente Politik einzuleiten, zu überprüfen und anzuwenden. Die herrschende politische Kultur gewährt minimale Spielräume für eine Zusammenarbeit zwischen den Ministerien. Die Verwaltungskultur konzentriert sich in starkem Maße auf die Erfüllung formaler „Aufträge“ und Verantwortungen. Die Ministerien selbst sind durch eine hohe, jedoch nicht mehr funktionale organisatorische Ausdifferenzierung geprägt. Jedes von ihnen hat im Durchschnitt 439 interne Unterabteilungen (Generalsekretariate, Generaldirektionen, Direktionen und Abteilungen). Der Großteil der untergeordneten Abteilungen verfügt nicht über die richtige Größe, um effektiv arbeiten zu können. Die Zahl von Personen in Führungspositionen ist unverhältnismäßig groß und ineffektiv im Verhältnis zu den unter ihrer Aufsicht arbeitenden Personen. Daraus resultiert, dass Verwaltungsarbeit in viele kleine Einheiten innerhalb der Ministerien aufgeteilt ist. Die Ministerien sind nicht in der Lage, Prioritäten zu setzen und leiden unter Koordinationsproblemen. Wo koordiniert wird, findet dies ad hoc statt und ist auf persönlichem Engagement und individuellen Kenntnissen begründet und wird nicht durch die Strukturen unterstützt und auf Dauer gestellt.
- Das vor ein paar Jahren geschaffene Sekretariat der Regierung ist schwach und kaum fähig, Strategien und Prioritäten zu setzen und die Entwicklungen in den zuständigen Ministerien zu leiten.³ Beispiele für die Schwächen bei der Anwendung ehrgeiziger Reformen gibt es zur Genüge, insbesondere dort, wo eine Koordination zwischen den einzelnen Abteilungen der öffentlichen Verwaltung gefordert ist. So wurde die im Jahre 1980 durchgeführte Reform der Gesundheitsversorgung einhellig als ein bedeutender Schritt auf dem Weg zu einer Modernisierung des Gesundheitswesens des Landes begrüßt, doch wurden bestimmte grundlegende und bedeutende Elemente dieser Reform nie verwirklicht. Zu den größten Leistungen der zentralen öffentlichen Verwaltung in den letzten Jahren zählen Projekte, die von der etablierten Kultur und den herrschenden Strukturen abwichen. Dazu gehören die erfolgreiche Organisation der Olympischen Spiele 2004 oder die Erarbeitung des Nationalen Strategischen Rahmenplans 2007-2013.
- Fehlende bzw. mangelnde statistische Daten und Datenverwaltung: Ein bedeutender Hinderungsfaktor für die Öffentliche Verwaltung ist das Fehlen korrekter Zahlen und

¹ OECD Greece Review of the Central Administration, 2011. Nach Erhebungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) (2006-2009) hatte Griechenland im Jahre 2008 1.022.000 Angestellte im öffentlichen Sektor, während 3.560.500 im privaten Sektor arbeiteten. Fast jeder 4. Beschäftigte arbeitet demnach im öffentlichen Sektor

² Nach Erhebungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) (2006-2009) hatte Griechenland im Jahre 2008 1.022.000 Angestellte im öffentlichen Sektor, während 3.560.500 im privaten Sektor arbeiteten. Fast jeder 4. Beschäftigte arbeitet demnach im öffentlichen Sektor. Im Vergleich dazu beträgt der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in anderen europäischen Ländern: Luxemburg 11%, Portugal 13%, Deutschland 14%, Italien- 14%, Spanien-15%, Schweiz 15%,
<http://www.protagon.gr/?i=protagon.el.article&id=8861>

³ Das Sekretariat der Regierung wurde mit dem Gesetz 2846/2000 (ΦΕΚ 229/23.10.2000) zur Unterstützung der Arbeit der Regierung ins Leben gerufen. Vgl. hierzu: <http://www.gkg.gr/>

Daten, aufgrund derer politische Entscheidungen gefällt und Strategien erarbeitet werden können.

Das vernichtende Fazit der OECD: „Der zentralen Verwaltung als Ganzes fehlen die praktischen Werkzeuge, die Kultur und die Fähigkeit, aufeinander aufbauende Politik anzustoßen, umzusetzen und zu überwachen.“

Entsprechend dieser Ursachenanalyse schlägt die Studie folgende Reformen vor:

Organisation der zentralen öffentlichen Verwaltung

- Radikale Reform der Strukturen in den Ministerien mit dem Ziel der Abschaffung aller überflüssigen Dienststellen, Vereinigung von Abteilungen, Vereinfachung und Rationalisierung von Strukturen, Verminderung der Anzahl von Hierarchiestufen u.a.;
- Beschleunigter Ausbau elektronischer Dienstleistungen bei gleichzeitigem Abbau von Bürokratie;
- Aufwertung der Rolle des Regierungssekretariats mit vorrangigem Ziel einer Koordination der einzelnen Ministerien;
- Reform des Verwaltungsrechts.

Personalentwicklung

- Effektivierung des öffentlichen Dienstes durch die Schaffung eines einheitlichen Systems zur Definition von Aufgaben und Pflichten der öffentlichen Bediensteten;
- drastische Reduzierung der Abteilungen und Zuständigkeiten;
- Reform des Systems zur Einstellung von Personen in die zentrale Verwaltung unter Berücksichtigung der tatsächlichen Bedürfnisse;
- Ausbau des Systems der Versetzung von Personen in die zentrale Verwaltung; Reform des Beförderungs- und Leistungsbewertungswesens mit dem Ziel, zu mehr Leistung zu motivieren.

Erstellung des Haushaltsplans

- Stärkung des Kontrollmechanismus „von oben nach unten“ bei der Vorbereitung des Haushaltsplans;
- Stärkung der Rolle des Parlaments bei der Kontrolle von Regierungsarbeit und Rechnungen im Öffentlichen Dienst;
- Stärkung der Autonomie von Ministerien und der Rechenschaftspflicht bei gleichzeitiger Wahrung der strategischen Macht des Regierungssekretariats;
- Stärkung der Kontrollmöglichkeiten der Staatlichen Generalbuchhaltung.

Gleichwohl bezeichnet die OECD die Krise als „Gelegenheit“ zu einer tiefgreifenden Neuorganisation des öffentlichen Dienstes und betont, dass vom Erfolg des Experiments, einen „Exekutiv-Staat“ aufzubauen, das Schicksal der Reformen abhängen wird, die die Regierung anstrebt

2. ENERGIESEKTOR

Griechenland, als Land des Windes und der Sonne, besitzt beträchtliches Entwicklungspotential für erneuerbare Energien. Griechenland war einer der Pioniere bei der Produktion Grüner Energie. Schon im Jahr 1982 baute das Land auf der Insel Kythnos einen der ersten Windparks der Welt. Wenig später wurde ein fotovoltaischer Park errichtet. Leider folgten keine weiteren Maßnahmen in diese Richtung.

Eine Studie von Greenpeace und European Renewable Energy Council stellt folgende Hindernisse fest⁴:

- Das Beharren des staatlichen Stromkonzerns und Monopolisten DEI und der Politik auf fossilen Brennstoffen sowie die schlechte Bewertung sauberer Energien in Griechenland verwandelte das Land trotz seines riesigen Potenzials von einem Pionier zu einem Feind erneuerbarer Energien. So produziert z.B. Deutschland, ein Land mit weitaus geringerem Potenzial zur Gewinnung erneuerbarer Energien, heute ungefähr 20 Mal mehr Windenergie.
- Auf dem griechischen Markt ist Braunkohle der attraktivste Brennstoff für die Stromerzeugung. Obwohl Braunkohlekraftwerke nur einen Anteil von 40 % an der gesamten Stromerzeugungskapazität des Landes haben, macht die Stromerzeugung aus Braunkohle 60 % des gesamten in Griechenland erzeugten Stroms aus. 23% stammen aus Erdgas und gerade einmal 2,8% aus Sonne, Erdwärme und Wind. Zusammen mit den 5% aus Wasserkraft kommt Griechenland also gerade einmal auf 7,8% aus erneuerbaren Energien. Neben der unmittelbaren Belastung der Umgebung durch den Ausstoß der entsprechenden Schadstoffe gelten Braunkohlekraftwerke auch wegen ihres hohen CO₂-Ausstosses als einer der Haupt-Klimakiller.⁵

Gemäß der Richtlinie 2001-77-EG haben alle Mitgliedsstaaten nationale Ziele für den Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen festgelegt. Auf dieser Grundlage wollen die griechischen Regierungen das Land zu einem Zentrum für erneuerbare Energien ausbauen und darauf ihre politischen Strategien ausrichten:

- Bis 2020 will Griechenland 20 Prozent des primären Energieverbrauches aus regenerativen Quellen erzeugen. Rund ein Drittel der 60 ausländischen Unternehmen der Solarenergie-Branche kommen aus Deutschland.
- Jedoch: Die Errichtung von Photovoltaik-Sonnenanlagen wird durch bürokratische Hindernisse verlangsamt. Griechenland fällt es schwer, Anschluss an die entsprechende technologische Entwicklung zu finden. Subventionsanfragen stapeln sich wegen mangelnder technischer Kenntnisse der Gutachter auf den Fluren des Umwelt-, Energie- und Klimaministeriums.

Szenarien der o.g. Studie von Greenpeace sehen für Griechenland voraus, dass Griechenland durch die Nutzung seines reichen Potenzials an erneuerbaren Energien in Kombination mit einer Energieeinsparung den Ausstoß von Kohlendioxid bis zum Jahr 2050 um 85% verringern und so zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen kann. Um dies zu erreichen, muss sich jedoch die Art und Weise ändern, wie Energie produziert, konsumiert und bewertet wird.

⁴ Die Daten sind entnommen der Studie von Greenpeace Griechenlands: Ενεργειακή Επανάσταση (Energierévolution), 2009
<http://www.greenpeace.org/greece/el/testHub/ER/our-solutions/>

⁵ Laut einer Studie des WWF hat Griechenland die dreckigsten Kraftwerke in der EU5: Auf Platz 1 steht das griechische Kraftwerk Agios Dimitrios (Brennstoff: Braunkohle, Betreiber: DEH, CO₂ Gramm pro Kilowattstunde: 1350) Den zweiten Platz belegt das Kraftwerk Kardina (Brennstoff: Braunkohle, Betreiber: DEH CO₂ Gramm pro Kilowattstunde: 1250)
http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf_neu/European_Dirty_Thirty_May_2007.pdf

Darüber hinaus könnte Griechenland zum Exporteur von Energie werden, wenn es einen Energieüberschuss produziert und Anschluss erhält an ein europäisches Netz für erneuerbare Energien, etwa im Anschluss an die Idee einer *Europäischen Gemeinschaft für erneuerbare Energien (ERENE)*.⁶

3. KORRUPTION

Griechenland ist Nummer 1 in der EU bei der Korruption und Schlusslicht beim Wohlstand in der EU. Laut einer repräsentativen Untersuchung, die kürzlich durch das Statistische Institut der Hochschule für Wirtschaft in Athen⁷ durchgeführt wurde, befindet sich die Korruption in Griechenland mittlerweile außer Kontrolle. Korruption wird von der griechischen Bevölkerung als das oberste und bedeutendste Problem des Landes angesehen. Konkret:

- Nahezu 8 von 10 Befragten geben an, beim Gedanken an den Begriff „Korruption“ während der vergangenen Jahre fielen ihnen sofort Vorgänge wie der Skandal um das Kloster Vatopedi in der autonomen Mönchsrepublik Athos oder um Siemens und die Börse ein.
- Die Befragten halten Korruption in erster Linie bei Stadtbauämtern, Abgeordneten, Medien und Finanzämtern für besonders verbreitet, gefolgt von Gewerkschaftvertretern, Gemeinden und Präfekturen, Ärzten, Justiz und Polizei, und setzen die Kirche dabei auf den letzten Platz.
- 53% der Befragten halten es nicht für moralisch verwerflich, Inhabern öffentlicher Ämter Geld oder Geschenke zu überreichen, wenn dies die einzige Möglichkeit ist, um ihr Recht zu bekommen.
- 8 von 10 Befragten halten eine Kontrolle der Tätigkeit von öffentlichen Bediensteten für ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Korruption.
- 7 von 10 Befragten empfinden, dass Korruption ihr Leben beeinflusst. Nahezu die Hälfte der Befragten hält eine Informationskampagne an Schulen und Universitäten für eine effektive Maßnahme zur Korruptionsbekämpfung.
- 46% der Befragten erwartet, dass die Korruption in Griechenland innerhalb der nächsten 2 Jahre abnehmen wird, während 35% damit rechnet, dass alles beim Alten bleibt.

In ihrem Bericht von 2010 stellt „Transparency International Griechenland“ fest, dass Griechenland beim Korruptionswahrnehmungsindex (PCI) von 71 auf Platz 78 von insgesamt 178 Ländern abgerutscht ist und damit innerhalb der EU-Länder den letzten Platz einnimmt.⁸

Zugleich stellt der Bericht einen Rückgang der Korruptionsfälle fest: sowohl bei der Zahl gemeldeter Vorfälle im öffentlichen und privaten Sektor, als auch beim geschätzten Gesamtausmaß an Korruption ist ein Rückgang von 787 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 632 Millionen Euro im Jahr 2010 erfolgt. Dieser Rückgang wird auf die rückläufigen Einkommen der privaten Haushalte, die Umsatzeinbrüche bei Unternehmen sowie die Krise der Bauwirtschaft zurückgeführt. Weiterhin dominiert Kleinkorruption im öffentlichen Sektor stärker als im privaten Sektor, am stärksten in Krankenhäusern und Finanzämtern und Bauämtern.

⁶Vgl. ERENE - Eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien Studie zur europäischen Energie- und Klimapolitik Eine Machbarkeitsstudie von Michael Schreyer und Lutz Mez herausgegeben von der Heinrich Böll Stiftung (2008): <http://www.boell.de/publikationen/publikationen-3605.html>

⁷Quelle: http://www.hellasnow.gr/index.php?option=com_content&view=article&id=292:2011-03-30-08-35-08&catid=1:latest-news&Itemid=50

⁸ Quelle: Διεθνής Διαγνωση Ελλά: Εθνική Έρευνα για τη Διαφθορά - 2010, Attitude scales www.transparency.gr/Content.aspx?page=11.

4. STEUERHINTERZIEHUNG

Paraökonomie bzw. Schattenwirtschaft

Das Phänomen der paraökonomischen Tätigkeit stellt offensichtlich die eigentliche Besonderheit der griechischen Wirtschaft im Vergleich zu den übrigen Mitgliedsstaaten der EU dar, besonders aufgrund des außergewöhnlichen Ausmaßes, das sie mittlerweile angenommen hat. Paraökonomische Wirtschaftsbeziehungen haben in Kombination mit systematischer Steuerhinterziehung wesentlich zu den enormen öffentlichen Defiziten beigetragen.

Paraökonomie manifestiert sich:

- durch Einkünfte, die zwar auf legalem Weg erzielt, jedoch nicht beim Finanzamt angegeben werden (wie z.B. Einkünfte aus Nebentätigkeiten oder durch Tätigkeit von Personen, die Arbeitslosengeld erhalten) und zu entsprechend umfangreicher Steuerhinterziehung und Steuerflucht führen.
- durch Einkünfte aus illegalen Tätigkeiten wie Schmuggel (von Kraftstoffen, alkoholischen Getränken, Zigaretten, Drogen usw.), Wucher, Schwarzmarkt und Schattenwirtschaft (Straßenhandel und Hausiererei durch Wirtschaftsmigranten sowie ortsansässiger Handel ohne Ausstellung von vorgeschriebenen Quittungen, Schwarzgeld (Geldtransaktionen, Bestechung).
- durch Einkünfte aus Tätigkeiten außerhalb des Marktmechanismus (z.B. Verkauf von Produkten aus Heimarbeit)

Somit sind erforderliche Maßnahmen für eine wirksame Reduzierung paraökonomischer Tätigkeit und der damit einhergehenden Steuerhinterziehung: eine Modernisierung des Steuersystems, wirksame Mechanismen zur Steuerprüfung und Steuereintreibung sowie moderne Datenabgleichtechnologien.

Steuerhinterziehung

Steuerhinterziehung hat sich in Griechenland zu einem konstanten und ständig wachsenden Phänomen entwickelt, mit verheerenden Auswirkungen auf die öffentlichen Einnahmen. Der Effekt ist der Abbau sozialer staatlicher Leistungen, die Entstehung steuerlicher Ungleichheit zwischen den steuerpflichtigen Bürgerinnen und Bürgern und eine weitere Senkung der Steuermoral.

Steuerhinterzieher gehen flexibel vor, indem sie der wirtschaftlichen Entwicklung folgen und sich gleichzeitig dem jeweils gültigen Gesetzesrahmen anpassen. Parallel dazu erleichtern ein Gesetzeswirrwarr und ineffektive Kontrollmechanismen die Ausbreitung von Korruption. Genau in diesem Bereich müssen Eingriffe zu ihrer Bekämpfung ansetzen und entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden.

Man tendiert in Griechenland dazu, die Unterschlagung von Einkommen als gerechtfertigt anzusehen in einem System allgemeiner sozialer „Ungerechtigkeit“, wo große Steuerflüchter und von Steuern Befreite ungehindert ihr Unwesen treiben können.⁹ Folglich muss vorderstes Ziel jeder Bekämpfung von Steuerhinterziehung die Erhöhung von Steuereinnahmen auf dem Fundament einer gerechten Verteilung der steuerlichen Belastungen und die Schaffung eines „Steuerbewusstseins“ unter den Steuerpflichtigen sein, das mit einem entsprechenden Mehrwert an öffentlichen Leistungen verbunden sein muss.

Steuerhinterziehung findet sowohl bei direkten als auch bei indirekten Steuern statt. Der wahrscheinlich höchste Prozentsatz an Steuerhinterziehung bezieht sich auf die

⁹ Zum griechischen Steuerfluchtsystem und dazu einige eklatante Beispiele:

<http://www.ftd.de/politik/europa/am-fiskus-vorbei-das-griechische-betrugssystem-40-40-20/60142736.html>;

<http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/griechenland-steuerhinterziehung-stichproben.1.11868939.html>; www.zeit.de/2011/26/Griechenland-Reiche;

http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/709571/Steuerflucht_Griechen-horten-286-Mrd-Euro-in-Schweiz

Einkommensteuer (natürlicher und juristischer Personen) als direkte und folglich besonders schwer lastende Steuer.

Im Einzelnen konzentriert sich die Hinterziehung von Einkommensteuer auf folgende Sparten und Bereiche:

- Angestellte: durch Fälle von nicht angegebener Haupttätigkeit in Form einer zusätzlichen Vergütung (z.B. als Bonus oder in Form von Naturalien); durch eine zweite parallel ausgeübte und nicht angegebene Tätigkeit (z.B. Privatunterricht durch Lehrer, die Beamte oder Angestellte im öffentlichen Dienst sind)
- Selbständige: durch die Nichtausstellung von Dienstleistungsquittungen bzw. Ausstellung von Quittungen mit einem niedrigeren Betrag als dem tatsächlichen, oder Quittungsausstellung durch Dritte (wie nichtexistierende Partner oder Personen, die eine selbständige Tätigkeit in Form einer Ein-Mann-GmbH ausüben usw.)
- Landwirtschaftliche Betriebe: durch Fälle von Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse ohne Ausstellung einer Steuerquittung; durch die künstliche Erhöhung von Ausgaben, indem man sich fingierte Rechnungen beschafft, um eine Erstattung der Mehrwertsteuer zu erreichen
- Mieteinnahmen: durch Fälle von Nichtangabe eines Mietverhältnisses, um Einkünfte aus der Vermietung einer Immobilie zu unterschlagen; durch Angabe einer niedrigeren Miete als der tatsächlich eingenommenen; oder durch die Nichtangabe von Zweitwohnungen oder anderen eigengenutzten Immobilien, die als leer gemeldet werden, um so die vorgesehene Besteuerung zu umgehen
- Einkünfte von Gewerbebetrieben: durch Fälle von Nichtausstellung von Steuerquittungen bzw. Ausstellung gefälschter Quittungen; durch die Annahme unkorrekter Belege für Einkäufe, Ausgaben, Dienstleistungen; durch die Ausstellung bzw. Annahme gefälschter oder fingierter Steuerelemente mit der Absicht, die Entrichtung direkter Steuern dadurch zu umgehen, dass Bruttoeinkünfte gar nicht oder stark vermindert erscheinen oder dass die Ausgaben für Verkäufe oder erbrachte Dienstleistungen höher erscheinen und somit in der Konsequenz das Bild eines geringeren Umsatzes bzw. eines entstandenen Verlustes erzeugen sollen; durch Nichtzahlung und Nicht-Verrechnung indirekter Steuern – allen voran der Mehrwertsteuer. Ebenso durch Fälle gezielter Herabsetzung des Preises bei der Inventur bis zur Angabe überhöhter oder gar gefälschter Ausgaben mit dem Ziel, den zu versteuernden Umsatz klein zu halten.
- Paraökonomische Tätigkeit (Schwarzhandel), praktiziert durch Handel mit illegalen Waren, die aus Drittländern (China, Thailand, Taiwan, Korea usw.) stammen und in die Staaten der Europäischen Union importiert und dort vertrieben werden, oder die von Unternehmen stammen, welche nicht über die erforderlichen gesetzlichen Zulassungen verfügen. Paraökonomische Tätigkeit wird vor allem in nicht geschlossenen Räumen wie Wochenmärkten, Jahrmärkten, Einkaufsstrassen oder in unmittelbarer Nähe zu Bahnhöfen, Bus-Terminals, U-Bahn-Stationen oder in Fußgängerzonen ausgeübt.
- Spezielle Wirtschaftsbereiche wie das Baugewerbe, Tourismus oder Unterhaltungs- und Vergnügungssparte (z.B. Nachtclubs), sowie multinationale und im Ausland ansässige Offshore-Unternehmen.

Einige charakteristische Beispiele aus diesen Bereichen:

Im Baugewerbe: Unternehmen, die Wohnungen bauen und verkaufen, geben nicht den Verkehrswert der Immobilie an, sondern den amtlichen Schätzwert, mit der Folge, dass die betreffenden Baufirmen für niedrigere Einkünfte besteuert werden, während gleichzeitig auch die Käufer einen entsprechend niedrigeren Kaufbeleg vorlegen und niedrigere Grunderwerbssteuer entrichten;

Im Tourismus-Gewerbe: Hier kommt die Methode von Doppelverträgen zum Einsatz, die zwischen Hotels und Tourismuskonzernen aus dem In- und Ausland so abgeschlossen werden, dass geringere Einkünfte als die tatsächlichen erscheinen und ein Teil der unterschlagenen Einkünfte auf Konten im Ausland verbleibt. Ebenso ist es weit verbreitet, Steuernachweise für Dienstleistungen, die dem Hotelbetrieb angeschlossen sind, entweder

überhaupt nicht oder gefälscht auszustellen, z.B. für die Vermietung von Wassersportgeräten, Sonnenschirmen, Benutzung von Sportanlagen, Telekommunikation, Reinigungsdienste, Saunen, Friseursalons usw. Viele dieser Dienstleistungen werden offiziell als „Paketleistungen“ deklariert, während in der Realität dafür eine nicht extra ausgewiesene Sondergebühr kassiert wird.

Bei multinationalen Konzernen: Hier äußert sich Steuerhinterziehung in erster Linie über die Praktik des Over- und Underpricing. Speziell das sog. Transfer Pricing zielt darauf ab, die steuerliche Belastung multinationaler Konzerne durch die Festlegung nicht reeller Preise bei den untereinander stattfindenden Transaktionen zu reduzieren. Ebenso findet Steuerhinterziehung durch überhöhte sogenannte Management Fees und erhöhte Anteile an Rechten (Royalties) statt, die zwischen den Firmen der Konzerngruppe berechnet werden.

Bei Offshore-Unternehmen: Eine Reihe solcher Firmen wird mit dem Ziel gegründet, Einkünfte und Gewinne aus illegaler Tätigkeit zu verbergen, z.B. Geldwäsche, Waffenschmuggel, Drogenhandel usw., sowie eine möglichst geringe steuerliche Belastung und in der Folge eine Steuerbefreiung im Land des eigentlichen Sitzes zu gewährleisten.

Steuervermeidung

Es handelt sich um das Phänomen der Nicht- oder nur teilweisen Entrichtung von Steuern durch Ausnutzung von Lücken in der Gesetzgebung. Nicht selten stellen solche Gesetzeslücken, die Art und Weise, sie zu interpretieren, und die entsprechende Praxis der Steuerbehörden den Gegenstand für professionelle Beratung dar, z.B. durch Juristen, Steuerberater usw.

Zahlungsverzug

Aufgrund aktueller Statistiken beträgt die Summe an nicht fristgerecht bezahlten Schulden aus Steuern, Gebühren und Bußgeldern ungefähr 40 Milliarden Euro, von denen ca. 10 Milliarden aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Schuldner unmittelbar eingenommen werden könnten. Neuster Beleg hierfür ist die sog. „Liste der Schande“, eine Liste mit über 4.000 Namen von Menschen, die dem griechischen Staat über 15 Milliarden Steuern schulden.

Vergleich zu anderen Ländern

In Griechenland hat das Problem der Nicht-Entrichtung von Steuern in allen drei Problembereichen, die auch die globale Wirtschaft beschäftigen, bedeutende Ausmaße angenommen, d.h. bei der Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und in der Paraökonomie. Aus einer Studie der griechischen Arbeiterwohlfahrt und der Statistischen Abteilung der Hochschule für Wirtschaft Athen aus dem Jahr 2010 zum Thema „Steuerverantwortung“ folgt, dass die Unfähigkeit, Steuerflüchtige zu belangen, und das Ausmaß an Korruption wesentlich das Steuerverhalten der Bürger bestimmen.

Besonders problematisch ist die unzureichende Arbeit der griechischen Finanzgerichte. Extreme Wartezeiten (teilweise über 5 Jahre), ständige Aussetzung vorgeschriebener Raten-Vorauszahlungen und ablehnende Gerichtsbeschlüsse gegen den Staat aufgrund von Formfehlern und verwaltungstechnischen Verstößen führen dazu, dass Steuerbescheide nicht vollzogen werden und schaffen Anreize zur Steuerhinterziehung, da zur geringen Wahrscheinlichkeit einer Aufdeckung von Steuerhinterziehung die geringe Wahrscheinlichkeit einer zeitnahen und effektiven gerichtlichen Entscheidung bzw. Strafe hinzukommt.

Über die Autoren

Dimitris Panousis ist Agraringenieur und war viele Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Griechischen Parlament tätig.

Apostolos Stragalinos hat Germanistik und Europastudien an der Universität Athen und der RWTH Aachen studiert; er arbeitet seit 2004 als politischer Berater im griechischen Parlament.